

### Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/030(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag,  17.04.2007	Beimszimmer	16:30Uhr	19:15Uhr

#### Tagesordnung:

##### **Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2006 I0069/07
- 5.2 Ergebnis der Evaluierung von Betreuungsangeboten für einkommensschwache Menschen (Suppenküchen, Möbellager, Kleiderkammer etc.) I0070/07
- 6 Informationen
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Diskussion über aktuelle Beschlüsse des Stadtrates zur Haushaltslage

##### **Nichtöffentliche Sitzung**

- 8 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Huhn, Dagmar

**Mitglieder des Gremiums**

Hildebrand, Jürgen Dr.

Paqué, Sabine

Veil, Thomas

**Geschäftsführung**

Beier, Editha

Köppe, Yvonne

Ponitka, Heike

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Bork, Jana

Heendorf, Michael

Heinemann, Klaus

**Sachkundige Einwohner/innen**

Bühnemann, Bärbel

Hausmann, Christian

Schumann, Carola

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Herr Dr. Hildebrand eröffnet in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Vorsitzende, Frau Huhn, wird sich um ca. eine Stunde aus dienstlichen Gründen verspäten. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

3. Genehmigung der Niederschrift

---

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 20.03.2007 wird bestätigt.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

#### 4. Öffentliche Sprechstunde

---

Die öffentliche Sprechstunde wird nicht genutzt.

#### 5. Beschlussvorlagen

---

##### 5.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2006

I0069/07

Herr Dr. Hildebrand begrüßt Frau Kronfoth recht herzlich und gibt das Wort an sie weiter.

Frau Kronfoth sagt, dass sie stellvertretend für den Behindertenbeauftragten, Herrn Pischner, den Jahresbereich des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2006 kurz vorstellen wird und so weit es ihr möglich ist, auch Fragen beantwortet.

Es folgt eine kurze Einführung.

Frau Kronfoth sagt weiter:

- dies ist bereits der 9. Bericht des Behindertenbeauftragten
  - die Planung bezgl. Sanierungen von Kitas sind durch die Haushaltssperre leider erst einmal auf „Eis“ gelegt
  - Ein großes Problem stellt immer noch die Integration von SchülerInnen mit sonderpädagogischen Förderbedarf dar. Diese SchülerInnen sollten mehr an Regelschulen unterrichtet und integriert werden. Sachsen-Anhalt bildet auch hier leider das Schlusslicht.
  - Die Sekundarschulen „Thomas Münzer“ und „Weitling“ werden saniert. Nach der Sanierung werden diese Schulen barrierefrei sein.
  - Schade ist, dass die Sportsekundarschule sowie das Sportgymnasium nicht barrierefrei sind. Hier geht es nicht um behinderte SchülerInnen, sondern um evtl. behinderte Eltern oder Angehörige. Auch finden in den Räumlichkeiten oft Ausstellungen statt, die von behinderten Menschen nur schlecht oder gar nicht zugänglich sind.
  - Durch die Haushaltslage in Magdeburg, drohen viele Beratungsstellen, besonders für Gehörlose und Sehbehinderte „wegzubrechen“. Das hat zur Folge, dass sich z. B. Selbsthilfegruppen nicht mehr treffen können. Für die Betroffenen würde dies einen herben Verlust bedeuten, denn viele wissen nicht, wo sie sonst hingehen können. Das Kritische daran ist, dass es sich hier um sehr geringe Summen für diese Beratungsstellen handelt, aber die Streichung der Mittel für die Betroffenen einen großen Verlust bedeuten würde.
  - Zur Arbeitslosigkeit von Behinderten kann nur so viel gesagt werden, die gesamte Zahl der Arbeitslosen ist zwar zurückgegangen aber diese Zahlen sagen nichts über die Anzahl der behinderten Arbeitslosen aus. Den Angaben im Bericht liegen lediglich die Zahlen der Arbeitsagentur zu Grunde. Von der ARGE liegen keine Zahlen vor.
- Zu diesem Thema gibt es außerdem noch zu sagen, dass die AG Behinderte ständig anmahnt, dass die Betreuung von arbeitslosen Behinderten durch besonders geschulte MitarbeiterInnen erfolgen muss. Nur so kann eine optimal Vermittlung und Betreuung erfolgen. Mittlerweile ist es so, dass zumindest die unter 26-jährigen gesondert betreut werden. Es kann z. B. nicht angehen, dass ein Gehörloser den akustischen Aufruf nicht hört (auf Grund seiner Behinderung), dann als nicht anwesend geführt wird und ihm Bezüge gestrichen werden. So etwas darf einfach nicht passieren. Darum ist hier eine gesonderte Betreuung dringend erforderlich.

- Ab 2008 wird sich das „Persönliche Budget“ für Behinderte verändern. Es werden dann Geldleistungen und keine Sachleistungen mehr sein, die dann ausgezahlt werden.
- Für den nächsten Jahresbericht wäre es wünschenswert, wenn auch erwähnt werden könnte, dass die MMKT mehr Werbung in Bezug auf die Barrierefreiheit für Magdeburg macht. Magdeburg ist eine durchaus gut barrierefreie Stadt. Dies sollte besser publiziert werden.

Herr Dr. Hildebrand bedankt sich herzlich bei Frau Kronfoth und bittet die Ausschussmitglieder im Meinungsäußerungen bzw. Fragestellungen.

Frau Paqué sagt, dass der Bericht aus ihrer Sicht sehr gut formuliert ist. Dieser Bericht ist leicht verständlich ausgedrückt. Sie fragt weiter, was für eine Schlussfolgerung aus dem Rückgang der SchülerInnen an den Förderschulen zu ziehen ist? Und muss das Sportgymnasium wirklich barrierefrei sein?

Frau Kronfoth antwortet, dass das Sportgymnasium barrierefrei sein muss, damit behinderte Eltern z. B. die Räumlichkeiten im Gebäude erreichen können.

Herr Veil fragt dazu, ob es denn bereits Beschwerden von Behinderten gab? Denn wenn es sich um Einzelfälle handelt, könnte man auch anders helfen, z. B. durch hoch Tragen.

Frau Kronfoth antwortet, dass dies menschenunwürdig sei. Die Behinderten fordern das Recht, nicht ausgeschlossen zu werden. Das hoch Tragen kann niemand von einem Rollstuhlfahrer zum Beispiel verlangen. Viele fühlen sich dadurch unwohl und möchten das nicht.

Frau Paqué sagt, dann müsste ja auch jedes Kunstmuseum Blinden zum Beispiel die Möglichkeit geben, sich die Gemälde erklären oder beschreiben zu lassen.

Frau Kronfoth sagt, dass es so etwas gibt. Sicher nur auf Voranmeldung, aber es ist möglich. Auch die Möglichkeit des Ertastens ist bei nicht hochwertigen Gemälden gegeben. Sie betont noch einmal, dass wenn sowieso saniert wird, die Barrierefreiheit berücksichtigt werden muss oder sollte. Das ist das eigentliche Anliegen.

Frau Beier sagt, dass sie den Bericht sehr umfanglich findet und als ein gutes Arbeitsmaterial sieht. Wichtige Punkte sind u. a. die Situation von behinderten ausländischen Kindern und alleinstehenden älteren Frauen. Viele Themen werden in diesem Bericht angerissen, aber man sollte auch genauer hinsehen. Der FuG-Ausschuss sollte sich Prioritäten setzen, um die genannten Schwerpunkte noch einmal genauer zu betrachten.

*Frau Huhn trifft ein und ist nun anwesend. Herr Dr. Hildebrand wird bis zum Ende dieses TOP die Leitung des Ausschusses fortführen.*

Herr Dr. Hildebrand stellt die Fragen in den Raum, wie geht die Verwaltung mit dem neuen AGG um? Werden Schulungen durchgeführt, um auch den Missbrauch des neuen AGG zu vermeiden? Weiter sagt er, dass zum Beispiel den Lehrern an den Schulen oft die nötige Schulung im Umgang mit behinderten Kindern fehlt. Er schließt sich auch der Meinung an, dass die MitarbeiterInnen der ARGE besser geschult werden müssen im Umgang mit behinderten Menschen. Nur so kann eine bessere Betreuung ermöglicht werden. Dieser Bericht sollte in den Fraktionen diskutiert werden. Auch liegt bisher nur eine Stellungnahme eines Dezernates vor zu diesem Bericht. Er vertritt auch die Meinung, dass zukünftig auf die Barrierefreiheit geachtet werden muss, wenn Gebäude bzw. Einrichtungen saniert werden.

Frau Kronfoth äußert noch einmal die Bitte an den Ausschuss und an den Stadtrat, bei zukünftigen Sanierungen diesen Passus in den Ausschreibungen zu verankern.

Herr Veil ist der Ansicht, dass dieser Bericht nicht in den Fraktionen, sondern im Ausschuss näher betrachtet werden sollte. Es sollten Schwerpunkte benannt werden.

Frau Huhn fragt, ob die Einbeziehung der Beauftragten der Landeshauptstadt vor der OB-Runde möglich war? So könnte doch gewährleistet werden, dass die spezifischen Belange registriert und rechtzeitig beachtet werden. Auch bei den Streichungen im Haushalt wären die Stellungnahmen der Beauftragten von Belang gewesen. Wie ist das mit ihrer rechtzeitigen Einbeziehung bei der Erarbeitung von Vorlagen?

Darauf antwortet Frau Beier, dass die rechtzeitige Einbeziehung der Beauftragten in die Planungsphase zur Erarbeitung von Drucksachen und Informationen verbessert werden könnte.

Frau Kronfoth äußert, dass bei diesen Streichungen der Behindertenbeauftragte unbedingt einbezogen, angehört werden muss, bevor der Stadtrat Beschlüsse fasst. Dieser Bericht stellt für viele StudentInnen ein Arbeitsmittel dar. Dies kann jedoch erst freigegeben und verwendet werden, wenn die Freigabe durch den Stadtrat erfolgt ist. Eine Verzögerung auf Grund von Ergänzungen sei nicht wünschenswert.

Frau Beier schlägt vor, die Situation von alleinstehenden älteren Frauen in einer der nächsten Ausschusssitzungen genauer zu betrachten. Dann könnte in 6 Monaten zum Beispiel ein neuer Schwerpunkt „beleuchtet“ werden.

Frau Huhn sagt, dass die Ausschüsse Bezug auf die jeweiligen fachspezifischen Bedarfe nehmen könnten, darüber diskutieren und entscheiden sollten. Sie unterstützt den Vorschlag von Frau Beier. Sie betont noch einmal, dass die Mitzeichnung der Beauftragten auf Drucksachen künftig besser eingeholt werden sollte. In der nächsten Ausschusssitzung wird über einen entsprechenden Antrag abgestimmt.

Herr Dr. Hildebrand fragt, wie viele Anträge es zum „Persönlichen Budget“ bereits gibt.

Frau Seidel antwortet, dass insgesamt 20 Anträge vorliegen. Drei davon sind bereits bestätigt bzw. genehmigt und zwei davon stehen kurz vor dem Abschluss.

5.2.	Ergebnis der Evaluierung von Betreuungsangeboten für einkommensschwache Menschen (Suppenküchen, Möbellager, Kleiderkammer etc.)	I0070/07
------	---	----------

---

Herr Dr. Schulz gibt eine kurze Einführung zur vorliegenden Information.

Nach der FuG-Sitzung im November 2006 wurden Erhebungsböden an die entsprechenden Einrichtungen gesendet (AQB, DRK usw.).

Angebote zur gesunden Ernährung und richtigem Kochen werden besonders von Frauen mit Kindern genutzt. Auch werden die Kleiderkammern zunehmend von Müttern mit Kindern und Familien in Anspruch genommen.

Im Jahr 2006 konnten 66.000 Nutzerkontakte gezählt werden. Pro Kontakt bezuschusst die Stadt in Höhe von 1 € Von 2005 auf 2006 gab es eine Steigerung der Nutzerkontakte.

Die Landeshauptstadt sollte die Träger bei der Werbung um Sponsoren unterstützen. Auch sollte es ein einheitliches Berichtswesen für die Statistiken geben.

Frau Huhn sagt, dass der Ausschuss somit sein Ziel vom November 2006 erreicht hat und sie ist darüber sehr erfreut. Weiter fragt sie, ob Kündigungen oder Entlassungen bei den Trägern durch die Haushaltslage bekannt sind? Auch der Wegfall von Gebühren für das Aufstellen von Kleiderboxen ist noch einmal eine Überlegung wert.

Herr Dr. Schulz äußert, dass sich zum Beispiel Hotels bereit erklärt haben, liegen gebliebene Kleidung für Bedürftige der Stadt zur Verfügung zu stellen. Bedingung hierfür ist jedoch, dass die Kleidungsstücke auch wirklich in Magdeburg bleiben und nicht verkauft werden. Sie sollen den Bedürftigen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Diese Aktion beginnt im Mai 2007.

### **Zum Thema Magdeburg-Pass:**

Das Gesamtbudget für den Magdeburg-Pass betrug 2006 132.000,- Euro.

113.000,- Euro sind davon an die MVB geflossen, damit die Bedürftigen die Öffentlichen Verkehrsmittel dementsprechend nutzen können.

Hier könnte folglich eine erhebliche Minimierung des Budget erfolgen, wenn die Mittel für die MVB Außen vor gelassen würden.

Eine Versorgung mit Lebensmitteln für die Bedürftigen ist lt. Frau Seidel auch ohne den Magdeburg-Pass gegeben (mit einem entsprechenden Schriftstück des Amtes).

Herr Pischner macht den Vorschlag, dass der Magdeburg-Pass doch zumindest ausgestellt werden kann, um den Bedürftigen die Teilnahme am kulturellen Leben nicht zu nehmen. Der Magdeburg-Pass hat auch eine Ausweis-Funktion in Bezug auf Eintrittsgelder ins Freibad, Museum oder Kino zum Beispiel. Das ledigliche Ausstellen des Magdeburg-Passes ist mit keinen Kosten verbunden, würde den Bedürftigen aber ein Stück Lebensqualität erhalten.

Daher wurde beiliegender Antrag an den Stadtrat gefasst (siehe Anlage).

Abstimmung: 4 / 0 / 0

## 7. Verschiedenes

---

Frau Ponitka informiert kurz über den Girls' Day und Jungenzukunftstag am 26.04.2007. Das Land Sachsen-Anhalt hat in einem Runderlass erstmals beschlossen, diesen Tag auch als Zukunftstag für Jungen zu nutzen. Da hier aber in vielen Kommunen noch keine solche Strukturen, wie z. B. für den Girls' Day, vorhanden sind, wird dies eine schwierige Aufgaben für Viele. Auch, dass die Schulen über die Qualität der Angebote entscheiden sollen, ist kritisch zu sehen.

7.1. Diskussion über aktuelle Beschlüsse des Stadtrates zur  
Haushaltslage

---

Frau Huhn geht auf die Stadtratssitzung vom 16.04.2007 ein, informiert über die Diskussion zur eingebrachten Drucksache des Oberbürgermeisters und die Beschlussfassung des Stadtrates, eine weitere Haushaltsdebatte in einer Sondersitzung des Stadtrates am 26.04.2007 zu führen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn  
Vorsitzende

Yvonne Köppe  
Schriftführerin